

Bremische Bürgerschaft beschließt Besoldungsgesetz ohne Änderungen

Bremische Beamtinnen und Beamte bilden jetzt das Schlusslicht

Die vielen Gespräche und Aktionen haben es nicht verhindern können. Die Abgeordneten der Grünen und der SPD in der Bremischen Bürgerschaft haben trotz ernstzunehmender kritischer Hinweise durch die Gewerkschaftsspitzen das Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 beschlossen.

Erneut werden alle bremischen Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt. Durch die abgelehnte gewerkschaftliche Forderung nach einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses entstehen ihnen erhebliche finanzielle Nachteile.

Wie groß die Betroffenheit über die wiederholte Schlechterstellung ist, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vielen Aktionen sehr deutlich werden lassen. Viele haben aber auch deutlich gemacht, dass für sie die Besoldungsrunde mit dem Gesetzesbeschluss noch längst nicht abgeschlossen ist.

Mit weiteren Aktionen und über eine rechtliche Klärung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzesbeschlusses werden betroffene Beamtinnen und Beamte ihre Interessen an einer angemessenen Besoldung und Versorgung vertreten. ver.di wird hierbei den Mitgliedern Unterstützung anbieten.

Das Beamtenrecht in Deutschland - ein Mehrklassensystem

